

Pressespiegel vom 02.02.2011

Sächsische Zeitung

Polizeichef kündigt Großeinsätze zu Nazi-Aufmärschen an

Wegen der Demos rund um den 13. Februar rechnet die Polizei mit erheblichen Einschränkungen.

Die Polizei bereitet derzeit zwei Großeinsätze vor, um bei Demonstrationen von Rechtsextremen am Sonntag, dem 13., und Sonnabend, 19. Februar, für Sicherheit zu sorgen. Die Beamten erwarten mehrere Tausend Teilnehmer – sowohl der Rechtsextremen als auch der Gegendemonstranten. In beiden Lagern müsse man mit zahlreichen gewaltbereiten Störern rechnen.

Strategie der Polizei ist es, die gegnerischen Lager konsequent auf Abstand zu halten. „Trennen, Verhindern und Verfolgen“, sagt Dresdens Polizeichef Dieter Hanitsch dazu: Trennen der Lager, verhindern von Blockaden, verfolgen von Straftätern.

Aufgabe der Polizei sei es, die Versammlungen aller Demonstranten zu ermöglichen – ein Grundrecht. Wer jedoch Demos anderer blockiert, müsse mit Strafverfolgung rechnen. Hanitsch appellierte daher gestern an alle Teilnehmer, sich friedlich und rechtskonform zu verhalten. An beiden Tagen werde es zu erheblichen Auswirkungen auf die Stadt kommen – großräumige Sperrungen und Verkehrsbehinderungen. Die Polizei werde mit Bürgern und Gewerbetreibenden das Gespräch suchen und am Infotelefon erreichbar sein.

Derzeit geht Dieter Hanitsch von knapp 20 Veranstaltungen rund um den Jahrestag der Zerstörung Dresdens aus: „Mit der Menschenkette wurde eine Aktion geboren, die das Gedenken mit friedlichem Protest verbindet. Das halte ich für eine sehr geeignete Form.“ Protest gegen Rechtsextremisten sei legitim, wenn er legal und friedlich bleibt. (lex)

http://www.sz-online.de/Nachrichten/Dresden/Polizeichef_kuendigt_Grosseinsaetze_zu_Nazi-Aufmaerschen_an/articleid-2677333

BILD, Ausgabe Dresden

Was kommt da bloß auf Dresden zu?

Von N. Fleischer

Dresden – Tiefe Sorgenfalten im Gesicht von Dresdens Polizeipräsidenten Dieter Hanitsch (55). Denn gleich zwei Neonazi-Aufmärsche (inkl. Antifa-Gegendemos) im Februar drohen die Stadt in Chaos und Randalen zu stürzen.

Und seine Beamten stehen zwischen den Fronten. Sie sollen die verfeindeten

Gruppen auseinanderhalten, dazu friedliche Bürger beim protestieren und der Menschenkette beschützen.

Bild erklärt, was Dresden am 13. und 19. Februar für ein brauner Spuk droht.

>>> **13. Februar:** Nach BILD-Informationen wollen Rechtsradikale an dem Gedenktag der Bombardierung Dresdens durch die Stadtteile Gorbitz und Prohlis, möglicherweise auch durch Reick, marschieren – laut der Anmelder mit mindestens 4.000 Leuten.

Ab 13 Uhr werden rund 10.000 Dresdner bei der Menschenkette friedlich in der Innenstadt erwartet. U.a. OB Helma Orosz (57, CDU) rief dazu auf, „Gesicht gegen Rechts“ zu zeigen.

>>> **19. Februar:** Richtig ernst wird es am Wochenende darauf: Mit erwarteten 7.500 Teilnehmern will die „Junge Landsmannschaft Ostdeutschland“ angeblich durch die Altstadt ziehen.

Der Polizeipräsident: „Wir rechnen diesmal auch mit mehr gewaltbereiten Rechtsradikalen.“ Mindestens ebenso viele Gegendemonstranten werden aus der ganzen Bundesrepublik erwartet, sie wollen die Strecke blockieren. Unter ihnen sollen auch gewaltbereite Krawallos sein.

„2010 hatten wir umgeworfene Autos, brennende Barrikaden und verletzte Beamte. Das erwarten wir dieses Jahr wieder“, so Hanitsch. Sowohl das rechte als auch das linke Lager mobilisieren seit Wochen ihre Klientel.

Deshalb hat er bundesweit Tausende Beamte als Verstärkung angefordert!

Bedingt durch das Demo-Urteil des Dresdner Verwaltungsgerichtes (BILD berichtete) werden die Beamten diesmal härter denn je durchgreifen. Hanitsch: „Wir werden beide Lager konsequent voneinander trennen, Blockaden der Demorouten verhindern und jegliche Straftaten verfolgen.“

Morgenpost, Ausgabe Dresden

Dresden braucht am 13. & 19. Februar jeden Beamten – Ordnungshüter müssen laut Gericht den Rechten den Weg frei machen

Nazi-Demos: Polizei zwischen den Fronten

Von Anneke Müller

Die Vorbereitungen zum 66. Jahrestag der Zerstörung Dresdens laufen bei der Polizei auf Hochtouren. Erwartet werden Tausende Teilnehmer. Außer zu den Großeinsätzen am 13. Februar bei 15 Veranstaltungen müssen die Ordnungshüter am 19. Februar bei rund fünfmal so vielen angemeldeten Kundgebungen das Chaos verhindern. Durch das gerade erlassene Urteil des Verwaltungsgerichtes zur Nazi-Blockade vom 13. Februar 2010 ist die Handlungsfähigkeit der Beamten empfindlich eingeschränkt.

Die Polizei sieht den Demonstrationen und Aufmärschen deshalb mit doppelter Sorge entgegen: „Wir können nicht schalten und walten, wie wir wollen“, so Hanitsch (55). Im Klartext heißt das: Auch die von der Versammlungsbehörde genehmigten Kundgebungen von rechts dürfen nicht blockiert werden: „Eine Blockade, die darauf abstellt, eine nicht verbotene Versammlung zu verhindern, ist zweifelsfrei rechtswidrig und kann eine Straftat darstellen“, so der Polizeipräsident. Die „Nichtgewährleistung“ (O-Ton Polizei) des Naziaufmarsches zum letzten Jahrestag war der Polizei zum Verhängnis geworden.

Sicher ist, dass die beiden Tage für die Einsatzkräfte eine „riesige Anstrengung“ werden. Wird am 13. Februar „nur“ der „Trauermarsch“ der rechtsextremen Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland (JLO) erwartet, stehen für den 19. Februar vier Nazi-Veranstaltungen auf den Plan. Zu diesen Terminen könnten laut Hanitsch die Proteste gegen die Rechten im Vergleich zum letzten Jahr übertroffen werden.

Seit Wochen werden die Einsätze für beide Tage vorbereitet, Polizisten aus anderen sächsischen Dienststellen und mehreren Bundesländern sowie Kräfte der Bundespolizei mobilisiert. Ähnlich wie 2010 könnten wieder über 7.000 Beamte Dienst schieben. Die Strategie lautet: Trennen – verhindern – verfolgen. Getrennt werden sollen die „Gewaltpotenziale“, also das direkte Aufeinanderstoßen von Nazis und den Gegendemonstranten verhindert werden. „Am liebsten wäre es mir, der 19. fiele aus“, so Hanitsch.

Dresdner Neueste Nachrichten

Strategie: Trennen – verhindern – verfolgen

Polizeipräsident Dieter Hanitsch erklärt Aufgabe der Beamten am 13. Februar: „Blockaden sind Straftaten.“

Von Christoph Springer

Die Polizei wird sich am 13. Februar für das Grundrecht der Versammlungsfreiheit einsetzen. Das hat gestern Polizeipräsident Dieter Hanitsch gesagt und sich damit erstmals in diesem Jahr in die öffentliche Debatte um dieses Datum in Dresden eingemischt: „Nicht legitim sind Blockaden, deren Ziel die Verhinderung nicht verbotener Versammlungen ist“, sagte der Chef der Dresdner Polizeibeamten. Gegen solche „Verhinderungsblockaden“ müssten die Beamten vorgehen, so Hanitsch. Wer sich daran beteiligt, begehe eine Straftat. Das bedeutet: Die Polizei sieht sich auf der Basis der Gesetze gezwungen, Aufmarschrouten von Neonazis in Dresden falls nötig auch mit Gewalt frei zu halten.

Von etwa 18 Veranstaltungen ging die Polizei bis gestern am 13. und am 19. Februar in Dresden aus, vier davon planen rechte Organisationen, ist einer Liste zu entnehmen, die Innenminister Markus Ulbig (CDU) veröffentlicht hat. In dieser Liste steht auch, dass die Rechten bereits am 12. Februar in Dresden eine Versammlung mit rund 2.000 Teilnehmern geplant haben. Welche dieser Aufmärsche, Gegenkundgebungen und Gedenkveranstaltungen stattfinden, zu welchen Zeiten und an welchen Orten werde derzeit in Gesprächen mit den Verantwortlichen der

Anmeldergruppen besprochen, sagte Hanitsch.

Die Polizei plant unterdessen zwei Großeinsätze am 13. und am 19. Februar. „Trennen, verhindern, verfolgen“, lautet die Kurzbeschreibung der Strategie, die dabei im Mittelpunkt steht. Die Trennung von Rechten und deren Gegnern soll vermeiden, dass gewaltbereite Teilnehmer der Demonstrationen aufeinander losgehen können. Darüber hinaus will die Polizei Straftaten verhindern, indem unter anderem gegen Blockaden vorgegangen wird, die „dem Grundrecht der Versammlungsfreiheit“ widersprechen, so Hanitsch. Werden Straftaten begangen, wozu der Polizeipräsident auch „Verhinderungsblockaden“ zählt, müssten diese verfolgt werden. „Der Maßstab ist für uns das geltende Recht, daran wollen und müssen wir gemessen werden“, begründet Hanitsch die Strategie. „Wir verspüren da einen gewaltigen Druck, vor allem nach dem Verwaltungsgerichtsurteil vom Januar“, so der Chef der Dresdner Polizeibeamten. Die Polizei hätte „geeignete ...Mittel“ einsetzen müssen, um den JLO-Aufzug am 13. Februar 2010 möglich zu machen, stellte das Gericht am 19. Januar 2011 fest (DNN berichteten).

Dieses Urteil trägt aus Sicht der Polizei zu einer besonderen Gefahrenlage bei. Hanitsch meint, die Rechten sähen ihre Position nun wahrscheinlich gestärkt. Hinter dieser Einschätzung steht die Sorge, dass Neonazis die Gerichtsentscheidung als Aufforderung dazu missverstehen könnten, ihr Recht auf Versammlungsfreiheit notfalls mit Gewalt durchzusetzen. Dabei könnten sie dann Linksextremisten gegenüberstehen, die Gewalt ebenfalls für ein probates Mittel politischer Auseinandersetzung halten.

Auf mehr Beamte kann der Dresdner Polizeipräsident trotz des Gerichtsurteils nicht bauen. Hanitsch kennt zwar die Urteilsbegründung noch nicht, setzt bei der Vorbereitung der Einsätze am 13. und am 19. Februar dennoch auf seine bisherigen Erfahrungen und das „Polizei-Einmaleins“. Auf dieser Basis plant seine Dienststelle die zwei Großeinsätze, auch auf die Gefahr hin, dass der Polizeipräsident danach erneut bescheinigt bekommt, nicht genug für die Durchsetzung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit getan zu haben. „Dass ich über so ein Urteil nicht erfreut bin, liegt wohl auf der Hand“, erklärt er sein Bemühen um einen Polizeieinsatz, der jeder Kritik stand hält.
